

Kommunalpolitische Erklärung zum Haushaltplansenwurf für 2016

Dr. Bernd Murschel und Birgit Widmaier für die Grünen Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schuler,
sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Dr. Vonderheid,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

für die kommunalpolitischen Erklärungen stehen wir heute zum ersten Mal in der Stadthalle. Und obwohl das Ambiente hier ein schöneres ist als in unserem alten Sitzungssaal kann uns der Grund warum wir hier stehen finanziell betrachtet nicht erfreuen. Mit dem notwendigen Rathausneubau geht eine erhebliche finanzielle Belastung einher, die uns auch in den Folgejahren noch verfolgen wird. Vermieden hätten wir dies alle gern, die notwendigen Sanierungsmaßnahmen, die annähernd an die Kosten des Neubaus herangekommen sind, haben uns aber nur eine schlechtere Alternative gelassen. Wir hoffen, dass durch die Zusammenlegung von Ämtern, energiesparender Bauweise und anderer Synergieeffekten wenigstens in den Folgejahren laufende Betriebskosten eingespart werden.

Investitionen in Kindertageseinrichtungen und Schulen

Hinzu kommen viele andere notwendige Investitionen, z.B. in Kindertageseinrichtungen und Schulen. Für die Schulen hat uns die Stadtverwaltung - nachdem dies bei den letzten Haushaltsberatungen beschlossen wurde - im Juni eine Prioritätenliste vorgelegt. Wir haben diese Liste mit den im Haushaltsplanentwurf enthaltenen Maßnahmen verglichen. Beim ASG ist die mittlerweile auf über 6 Millionen veranschlagte Fenster- und Fassadensanierung nun für die Jahre 2018/2019 vorgesehen, was angesichts der baulichen Situation sehr problematisch ist, aber angesichts der finanziellen Situation in den Jahren 2016 und 2017 wohl nicht anders machbar. Allerdings sollte dann unserer Meinung die Sanierung des Fachraums Erdkunde ins Jahr 2016 vorgezogen werden - dazu haben wir auch einen **Antrag** gestellt. Die baulichen Maßnahmen an der Schule sollen schrittweise umgesetzt werden und der Raum befindet sich in einem schlechten Zustand. Weiterhin **beantragen wir**, dass die Konzeption für die Barrierefreiheit wie vorgesehen im Jahr 2016 erstellt wird.

Prinzipiell sehen wir es als Nachteil an, dass der Schulbericht erst während der Haushaltsberatungen diskutiert wird. Wir finden es sinnvoll, dass dieser in Zukunft bereits kurz nach den Sommerferien vorgelegt wird, damit die Planungen der Fraktionen für das kommende Jahr auf den aktuellsten Zahlen und Planungen aufbauen können.

Personal: Die von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen Stellenerhöhungen und –neuschaffungen (z.B. für die Sauna) tragen wir notgedrungen mit. Wir **beantragen** aber die Aufhebung der Befristung einer Stelle im Sozialen, die am 31.01.2016 ausläuft. Aufgrund der Organisation der Flüchtlingsunterbringung und der Betreuung der

Flüchtlinge brauchen wir diese Stelle unbedingt. Auf das Thema Flüchtlinge, wird mein Kollege Bernd Murschel später noch näher eingehen.

Stadthalle – Optimieren statt große Lösung

Ein im Vergleich dazu eher untergeordnetes Thema, das uns die letzten Monate beschäftigt hat, ist die Stadthalle. Ein Gutachten hat verschiedene Varianten aufgezeigt. Eins ist für uns klar: die große Lösung kann es angesichts der finanziellen Lage nicht geben. Zumal noch weiter zu untersuchen wäre, ob die dazu im Gutachten getroffenen Annahmen zutreffen. Wir sehen Optimierungsbedarf bei der Stadthalle, wir gehen davon aus, dass etliche Maßnahmen mit geringem Mitteleinsatz z.B. zur Verbesserung des Erscheinungsbildes umgesetzt werden können. Exemplarisch genannt seien hier die „Arkaden“ auf dem Bürgerplatz, die doch sehr „altbacken“ daherkommen. Sie sollten abgebaut werden, dann kann dem Bürgerplatz ein modernes Flair verpasst werden – vielleicht mit Pflanzkübeln, ähnlich wie beim Marktplatz – das passt dann auch gut zum Restaurant. Außerdem verweise ich auf unsere Vorschläge in der Rede des letzten Jahres zur Erhöhung der Synergieeffekte zwischen Stadthalle und Amber Hotel.

Für die Jugendmusikschule ist die Anschaffung eines Steinway Flügels für 63.000 Euro geplant, 15.000 Euro an Spendengeldern sind gesammelt worden. Der Flügel soll der Vorbereitung von Begabtenklassen auf Wettbewerbe dienen. So nachvollziehbar dieser Wunsch ist und Spenden gesammelt wurden, müssen wir doch angesichts der finanziellen Situation auch unliebsame Entscheidungen treffen und stellen den **Antrag** die Anschaffung zu streichen. Zumal es hier die Alternative gibt, den Steinway Flügel in der Stadthalle zu nutzen.

Jugendsozialarbeit und Jugendbeteiligung

Das Johannes-Kepler Gymnasium und die Pestalozzischule haben die Einrichtung von Jugendsozialarbeit an ihren Schulen beantragt, die Stadtverwaltung hat das in den Haushalts-Entwurf aufgenommen. Diesen Vorschlag unterstützen wir.

Auch beim Thema Jugendbeteiligung ist nach langer Vorlaufzeit einiges in Bewegung gekommen. Im September gab es dazu einen sehr konstruktiven Workshop. Fast hätten wir - um die Umsetzung voran zu bringen - einen Antrag gestellt, er lag schon in unserer Schublade. Erfreut nehmen wir nun zur Kenntnis, dass das Thema Jugendbeteiligung morgen in der Sitzung des Sozialausschusses auf der Tagesordnung steht. Die Konzeption zur Einrichtung von Jugendforen tragen wir mit und unterstützen den Vorschlag der Verwaltung.

Nachhaltige Mobilität – Wir fordern Konkretes statt Lippenbekenntnisse

Ich komme nun zu einem ganz anderen Bereich: Nachhaltige Mobilität, ein Thema das sich durch viele Entscheidungen zieht, sei es beim Problem Lärm, Reduzierung des MIV oder Erhöhung der Anteile des Umweltverbundes

Wenn wir uns die Aussagen der Verwaltung und auch einiger anderer Fraktionen abseits von anstehenden Entscheidungen anhören, scheint dieses Thema Nachhaltige Mobilität allen am Herz zu liegen und es scheint keine Frage zu sein, entsprechende Beschlüsse zu fassen. In der Realität sieht es bei Entscheidungen aber trotz vieler Lippenbekenntnisse oft anders aus. Sei es beim Radweg an der Renninger Straße oder auch beim Neubau des Parkhauses am Bahnhof. Zunächst waren Radabstellboxen im Parkhaus – also im Trockenen – geplant. Sie wurden dann aus Kostengründen gestrichen, mit dem Hinweis es würde eine vergleichbare Fahrradabstellan-

lage neben das Parkhaus gebaut werden. Diese ist nun im Haushaltsplanentwurf nicht zu finden. Wir **beantragen** daher, die Einstellung entsprechender Haushaltsmittel, damit nicht nur das von den Stadtwerken vorgesehene WC (120.000 Euro) sondern auch eine den Ansprüchen der Fahrradpendler entsprechende Anlage zeitnah zur Fertigstellung des Parkhauses errichtet werden kann.

Fahrzeuge – Car-Sharing statt Leasen und Kaufen

Einsparpotentiale sehen wir beim Punkt Fahrzeuge. In verschiedenen Ämtern sind Leasing- Und Anschaffungskosten für Fahrzeuge vorgesehen. Wir sind der Ansicht, dass wir anders an die Sache herangehen müssen und nebenbei noch zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Das Stichwort ist Car-Sharing: Es fördert die nachhaltige Mobilität und beinhaltet Einsparpotentiale im Bereich Fahrzeugkosten. Wir haben dazu einen **Antrag** gestellt. Die in Leonberg bisher vorhandenen zwei Fahrzeuge des Car-Sharings sollen von den Mitarbeitern intensiver genutzt werden. Damit könnte auch ein weiteres Car-Sharing Fahrzeug für Leonberg rentabel werden, das dann wieder sowohl der Stadtverwaltung als auch interessierten BürgerInnen zur Verfügung stünde. Ein zusätzlicher Standort könnte hinter dem Alten Rathaus ausgewiesen werden.

Miteinander Leben: Flüchtlinge und Sozialer Wohnungsbau

Sehr geehrte Damen und Herren, Hunderttausende Menschen, Frauen, Männer, Familien mit kleinen Kindern flüchten aus dem gewaltgeschüttelten Syrien und suchen Schutz und eine neue Heimat. Viele wollen nach Deutschland und damit auch ganz konkret hier in den Landkreis und in die Stadt Leonberg. Noch bis in diesen Sommer waren die Flüchtlinge kein Thema in Berlin, sondern: „Grexit“ – die Griechen sind zahlungsunfähig und weiteres Geld aus der EU gibt es nur für harte Einsparmaßnahmen. Niemand redet mehr davon, aber alle von der großen Herausforderung und dem erneuten Scheitern der europäischen Länder. Solidarität sieht anders aus. Heruntergebrochen auf unsere Stadt gilt aber auch: Wir erleben einerseits eine riesige Bereitschaft, sich ehrenamtlich für die Flüchtlinge einzusetzen. Andererseits eine zunehmende Skepsis, verbunden mit Ängsten vor dem, was noch auf uns zukommt.

Für Leonberg bedeutet dies, eine langfristige Politik für das Leben miteinander zu gestalten, kurzfristigen Wohnraum schaffen, aber auch in Integration zu investieren. Arbeit und Teilhabe für Menschen mit Bleibeperspektive muss das Ziel sein. Den Familiennachzug einzuschränken, wie gerade auf der Bundesebene von CDU und SPD beschlossen, das ist nicht der richtige Weg. Es ist unglaublich, auf der einen Seite das Bild der Familie hochzuhalten und andererseits den Familiennachzug von Flüchtlingen auszusetzen.

Was wir brauchen sind schnellere Asylverfahren.

Bezahlbaren Wohnraum brauchen wir in Leonberg auch. In einem interfraktionellen Antrag haben wir den „Sozialen Wohnungsbau“ wieder in den Mittelpunkt der Kommunalpolitik gerückt. Im kommenden Jahr sollen auf einer Gemeinderatsklausur konkrete Maßnahmen beschlossen werden. In der Zwischenzeit müssen wir handlungsfähig bleiben. Wir stellen deshalb den **Antrag**, in jedem Neubaugebiet einen prozentualen Anteil an gefördertem Wohnraum zu realisieren und den vorgesehenen Etat-

posten aufzustocken. Dies wirkt einer Ghettoisierung mit allen ihren negativen Folgen entgegen.

Umwelt Energie Klimaschutz: Lärmaktionsplan – Leo-Energie

Die Umweltthemen werden in diesem Haushalt leider vernachlässigt. Der jetzt von der Verwaltung vorgestellte Entwurf des Lärmaktionsplans ist nicht ambitioniert und beschränkt sich auf das Allernötigste. Mehr Lärmschutz soll es nach diesem Entwurf nur für diejenigen betroffenen Menschen in der Stadt geben, die einem Lärmpegel über der Gefahrenschwelle ausgesetzt sind. Für alle Maßnahmen zusammen sind gerade mal 30.000 Euro in 2016 vorgesehen. In den Folgejahren gar nichts. Auch hier gilt: zielgerichtete Planung zur Reduzierung der Lärmbelastung sieht anders aus. Wir stellen deshalb den **Antrag**, den Haushaltsposten Lärmaktionsplan um 100.000 Euro aufzustocken. Gleichzeitig wollen wir eine ernsthafte Bürgerbeteiligungsmöglichkeit schaffen. Wir unterstützen deshalb den Wunsch der Bürgervereine u.a. nach einer Fristverlängerung und einem zweistufigen Beteiligungsverfahren. Weiterhin wollen wir eine gemeinsame Aktion aller Anliegergemeinden der S 6 anregen. Die Bahn und vor allem der Güterverkehr ist eine der Hauptursachen für den Lärm, gerade in den Nachtstunden. Ziel muss es sein, die DB zu einer frühzeitigeren Lärmsanierung dieses Bahnabschnittes zu bewegen. Neben dem Gleiskörper wird es auch um geeignetes Zugmaterial und organisatorische Maßgaben gehen.

Meine Damen und Herren, wo findet sich der Energie- und Klimaschutz in Leonberg? Was ist von den hochgesteckten Erwartungen bei der Gründung des Partnermodells Leonberg und EnBW geblieben? Warum hat sich der Gemeinderat in ganztägigen Klausursitzungen die Köpfe darüber zerbrochen, wie es mit Klimaschutz und Energie weitergehen soll?

Vorbildlich sind die Aktivitäten von Seiten der Bürger. Noch im November erfolgt der Startschuss zur Inbetriebnahme von LeoSolar6, dem größten Solarstrombürgerkraftwerk in Leonberg und im Landkreis. Rund 10% des es in Leonberg erzeugten Stroms werden aus erneuerbaren Quellen erzeugt, 6% aus Biomüll und 3% aus Sonnenenergie. Das ist ein Anfang, aber auch ein Ansporn schneller beim Umstieg auf erneuerbare Energie zu sein. Ein Beispiel kann das Land Baden-Württemberg sein. Hier liegt der Anteil der erneuerbaren Energie bei Strom inzwischen bei 27%.

Die Energiewende braucht mehr Effizienz besonders im Wärmesektor. Wir haben ihn noch alle in unseren Köpfen: den Antrag unseres früheren Kollegen und SPD-Fraktionsvorsitzenden Jürgen Stolle, das Neubaugebiet Layher-Areal zu einem energieeffizienten Highlight zu entwickeln. Nix ist daraus geworden, selbst ein sinnvolles Nahwärmenetz kommt nicht zustande.

Nicht besser steht es um Leo-Energie. Statt der versprochenen Rendite gab es erstmal kräftige Defizite durch bilanztechnische Fehler. Gemeinsame energiepolitischer Projekte von Stadt und EnBW mit regionalem Mehrwert sind ausgeblieben. Für die Gemeinderatsfraktion Grüne ist dies zu wenig. Angesichts des Klimawandels und der zunehmenden Bedeutung der regenerativen Energien stellen wir den **Antrag** die Mittel für vorbildliche Energiesparmaßnahmen um 50.000 Euro zu erhöhen.

Stadtplanung

Der vom Regierungspräsidium angekündigte Rückbau des Kreisels „Füllerstraße“ am Ortseingang von Stuttgart kommend ist vom Tisch. Das ist gut so, da die Ampellösung einen deutlich höheren Rückstau verursachte. Nun gilt es für die zu erwartenden Mehrkosten von rund 200.000 Euro alle Projektpartner ins Boot zu holen. Das sind die beiden Städte Leonberg und Gerlingen, sowie das Land. Wir stellen daher den **Antrag**, dafür 30.000 Euro in den Haushalt einzustellen.

Weiterhin **beantragen** wir im Stadtteil Silberberg an der Bahnunterführung eine sichere Fuß- und Radwegführung zu erstellen. Seit vielen Jahren ist dies eine zugesagte Maßnahme, die nie realisiert wurde. Eine Finanzierung wollen wir durch Verschiebung der Ausbaumaßnahme Hindenburgstraße um ein Jahr erreichen.

Thema Baumfällungen im Ezach. Dort finden sich entlang einiger Straßen über 50 Schwarznussbäume. Sie wurden vor vielen Jahren gepflanzt und weisen inzwischen eine stattliche Größe auf. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Begrünung des Stadtteils und prägen die Straßenzüge im Ezach. Es wird Jahre dauern, bis Ersatzbäume diesen städtebaulichen Wert wieder erreichen. Diese unnötige Maßnahme wollen wir **streichen** und die anfallenden Kosten in Höhe von 60.000 Euro einsparen.

Abschließend noch ein paar Worte zum Wertstoffhof. Auch wenn der samstägliche Besuch eines der letzten großen Abenteuer ist in Leonberg ist: dieser Zustand wie wir ihn jetzt vorfinden ist nicht tragbar. Wir begrüßen, dass nun Bewegung in die Standortsuche gekommen ist.

Ausblick

Wir hegen große Erwartungen hinsichtlich des Übergangs von der kameralistischen Haushaltsführung zur Doppik. Zumindest was die Haushaltsgrundsätze Klarheit, Wirtschaftlichkeit und Vollständigkeit angeht, sind sicherlich Verbesserungen zu erwarten. Wir müssen den weiteren Anstieg der Schulden bremsen und in den nachhaltigen Schuldenabbau einsteigen.

Unser Dank gilt allen, die an der Erstellung des Haushaltsentwurfes mitwirkten. Und uns im Gemeinderat erfolgreiche und konstruktive Beratungen.

Dr. Bernd Murschel, Birgit Widmaier und Fraktion